

- 3 **Gesetzliche Rente** Stabilisierung zahlt sich für alle aus
- 4 **Arbeit und Gesellschaft** Die Lehren aus Corona
- 6 **Wirtschaftspolitik** Investieren lohnt sich
- 7 **Atomkraft** Teuer, langwierig, rückwärtsgewandt

ARMUT UND UNGLEICHHEIT

Umverteilung weniger wirksam

Die Menschen in Deutschland wollen mehr Umverteilung – aber der Staat tut zu wenig dafür.

Deutschland hat bei der Bekämpfung der Ungleichheit nachgelassen. Sowohl das Steuersystem als auch der Sozialstaat haben zuletzt weniger dazu beigetragen als in früheren Jahren. Dabei ist der Wunsch nach staatlicher Umverteilung in der Bevölkerung weit verbreitet. Das ist das Ergebnis einer Studie von Dorothee Spannagel und Jan Brülle vom WSI. Die 2010er-Jahre hätten eigentlich gute Voraussetzungen geboten, weniger Einkommensungleichheit zu erreichen und Armut zu verringern – doch trotz des jahrelangen Wirtschaftswachstums und geringer Arbeitslosigkeit sei dies nicht gelungen, so die Forschenden. Daher müsse dieser Zeitraum, in dem zunächst Union und FDP die Regierung stellten, dann Union und SPD, insgesamt als „verlorenes Jahrzehnt“ im Kampf gegen Armut und Ungleichheit betrachtet werden.

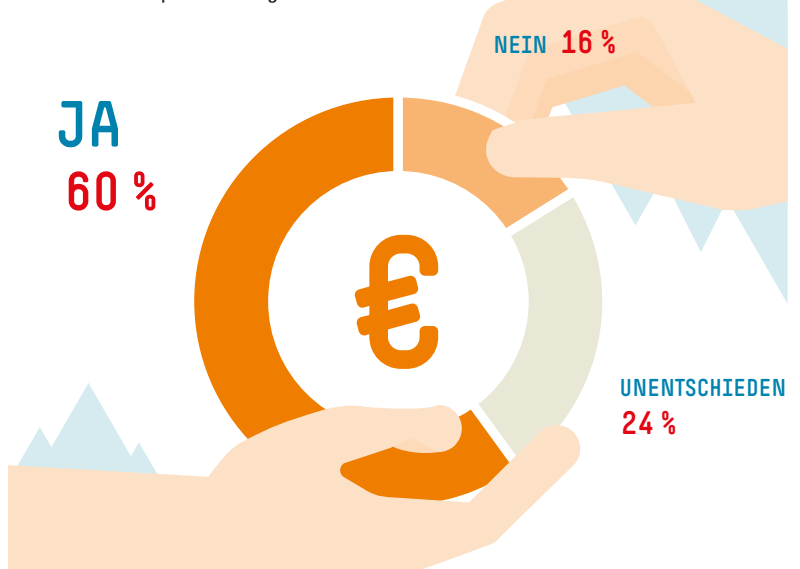
Anhand aktueller Daten der WSI-Erwerbspersonenbefragung zeigen Spannagel und Brülle, wie die Deutschen den Sozialstaat bewerten und welche Einstellungen sie zu Ungleichheit haben. Dazu wurden Ende 2024 mehr als 7000 Erwerbspersonen in Deutschland befragt – also Erwerbstätige und Arbeitslose. Durch den Fokus auf Erwerbspersonen bilden die Daten vor allem die Einstellungen derjenigen ab, die den Sozialstaat durch ihre Steuern und Abgaben maßgeblich finanzieren. Zudem greifen die Forschenden auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ab 2010 zurück, um das tatsächliche Ausmaß der Umverteilung zu ermitteln. Beim SOEP handelt es sich um eine jährliche Wiederholungsbefragung, die unter anderem detaillierte Informationen zu den Haushaltseinkommen enthält. Wegen der aufwendigen Datenaufbereitung reichen die aktuellsten verfügbaren Daten nur bis 2021.

„Auch wenn für die Zeit der Ampelkoalition noch keine repräsentativen Daten vorliegen, ist es höchst unwahrscheinlich, dass der Trend seit 2021 gedreht wurde“, sagt

Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. Einzelne Verbesserungen, zum Beispiel die Einführung und Erhöhung des Bürgergeldes, dürften nicht kompensiert haben, dass der soziale Ausgleich seit Jahren tendenziell abnimmt. „Umso irritierender ist es, dass Forderungen nach Sozialabbau im Bundestagswahlkampf eine erhebliche

Wunsch nach mehr Umverteilung

Tut der Staat zu wenig gegen soziale Ungleichheit?
Von den Erwerbspersonen sagen ...



Befragung von mehr als 7000 Erwerbspersonen in Deutschland Ende 2024; Quelle: WSI 2025

che Rolle spielen. Unsere Forschung und die vieler anderer Institute zeigt, dass Zukunftssorgen und die Angst, künftig im Lebensstandard abzurutschen, in den vergangenen Jahren zugenommen haben und dass solche Sorgen oft mit einer Entfremdung von demokratischen Institutionen einhergehen“, warnt die Soziologin. > > > >

Welche Erwartungen haben die Menschen an staatliche Umverteilung? Knapp 50 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Menschen mit geringem Einkommen besser als bisher unterstützt werden sollten. Rund 60 Prozent finden, dass der Staat zu wenig gegen Ungleichheit unternimmt. Nur eine kleine Minderheit stimmt diesen Aussagen ausdrücklich nicht zu. „Menschen in Deutschland wünschen sich also eine starke Rolle des Staates in der Einkommensverteilung“, schreiben Spannagel und Brülle.

Die Meinung, der Staat solle Ungleichheit stärker bekämpfen, ist besonders bei Menschen mit niedrigem Einkommen ausgeprägt und nimmt mit steigendem Einkommen tendenziell ab, wobei die Zustimmung bis in die obere Mitte der Einkommensverteilung überwiegt. Bei der Frage nach möglichen Finanzierungsoptionen sprechen sich die Befragten eher gegen eine grundsätzliche Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben aus. „Da ausschließlich Erwerbspersonen befragt wurden, überrascht es nicht, dass die Zustimmung hier niedriger ausfällt als in anderen Erhebungen, in denen die Stichprobe repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist“, sagt WSI-Direktorin Kohlrausch. Sowohl einer stärkeren Besteuerung von Vermögen als auch einer Anhebung des Spitzensteuersatzes stimmt aber auch eine Mehrheit der Erwerbspersonen zu.

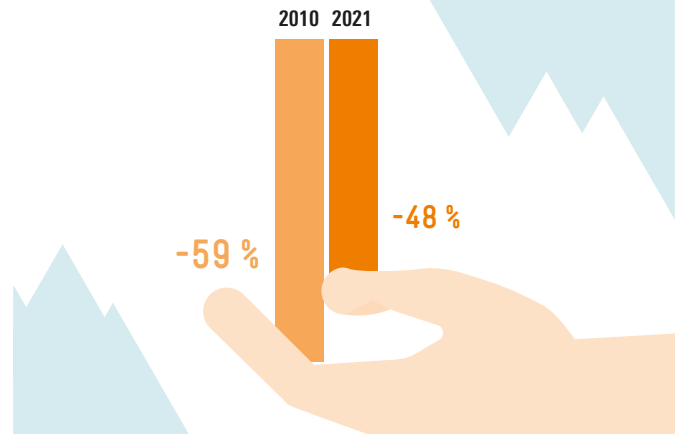
Wie hat sich die Umverteilung faktisch entwickelt?

Die Forschenden stellen zunächst fest, dass der Wohlfahrtsstaat und das progressive Steuersystem in Deutschland grundsätzlich funktionieren. Ohne Sozialtransfers gäbe es in Deutschland mehr Armut. Aber: Früher hat der soziale Ausgleich besser geklappt. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 lagen rund 35 Prozent der Bevölkerung mit ihrem Markteinkommen unter der Armutsgrenze, die bei 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Mit ihrem verfügbaren Einkommen, also nach Steuern und Transfers, waren es nur noch gut 14 Prozent. Durch Umverteilung konnte die Armutsquote damit in jenem Jahr um 59 Prozent gesenkt werden. Im Jahr 2021 lag der Anteil derjenigen, die mit ihrem Markteinkommen unter der Armutsgrenze lagen, mit rund 34 Prozent ähnlich hoch wie 2010. Nach Steuern und Transfers war der Anteil der Armen mit knapp 18 Prozent jedoch deutlich höher. Die Armutsquote wurde 2021 durch Umverteilung nur noch um 48 Prozent gesenkt – der Effekt war also spürbar geringer.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt der sogenannte Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit der Einkommen misst: Während die Spreizung der Markteinkommen heute ähnlich

Umverteilung funktionierte früher besser

Um so viel sank die Armutsquote durch staatliche Umverteilung ...



Einkommen vor und nach Steuern und Transfers; Quelle: WSI 2025

Hans Böckler Stiftung

hoch ist wie früher, ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen größer als 2010. Auch dies macht deutlich, dass die staatliche Umverteilung nachgelassen hat.

Woran liegt das? Ein genauerer Blick auf die Daten zeige, so Spannagel und Brülle, dass „vor allem wohlfahrtsstaatliche Leistungen in ihrer armutsschützenden und ungleichheitsreduzierenden Wirkung nachgelassen haben“. So blieb beispielsweise die Entwicklung der Regelsätze der Grundsicherung im Untersuchungszeitraum deutlich hinter der Lohnentwicklung zurück und verharrte vielfach auf einem Niveau, das unterhalb der Armutsschwelle liegt. Auch die staatliche Rente wirkt heute weniger stark gegen Ungleichheit und Armut als früher, was die Forschenden auf eine Kombination aus sinkendem Rentenniveau und fehlender Mindestsicherung im Alter zurückführen. Aufgrund von brüchigen Erwerbsbiografien, Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und Niedriglöhnen müssten mehr Menschen mit geringeren Rentenansprüchen auskommen. Für die zunehmende Anzahl derjenigen, die nicht auf ausreichende Leistungen der Sozialversicherungen zurückgreifen können, seien die bestehenden Grundsicherungsleistungen systematisch zu niedrig, um Armut zu verhindern. <

Quelle: Dorothee Spannagel, Jan Brülle: Weniger Umverteilung: Warum der Sozialstaat schlechter vor Armut schützt, WSI-Report Nr. 99, Februar 2025 [Link zur Studie](#)



Transformation konkret

Der Veränderungsdruck ist in vielen Betrieben hoch. Umstellung auf digitale, klimafreundliche Produktion. Hohe Energiekosten schultern. Kreislaufwirtschaft. Qualifizierung für neue Herausforderungen. Fachkräfte gewinnen. Innovative Produkte entwickeln. Unter veränderten Bedingungen mit mobiler Arbeit und flexiblen Zeitmodellen. Gesundheitsschutz und faire

Entlohnung. Neue Formen der Kooperation ausprobieren. Zu all dem gibt es wissenschaftliche Expertise, aber wie kann sie im konkreten Einzelfall gewinnbringend umgesetzt werden? Dieser Frage widmet sich die „Förderlinie Transformation“ der Hans-Böckler-Stiftung. Dabei geht es darum, in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten Transformationsprojekte in die Praxis umzusetzen und gleich-

zeitig wissenschaftlich zu begleiten, auf betrieblicher, regionaler oder Branchenebene. Eine aktuelle Broschüre zeigt Fallbeispiele aus unterschiedlichen Branchen. Damit „öffnen wir die Türen zu den Projekt-Werkstätten und geben Einblicke in erste Projekte“, sagt Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung. < www.boeckler.de/fpdf/HBS-008955/p_Foerderlinie_Transformation_2024_09.pdf

Stabilisierung zahlt sich für alle aus

Eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus, wie sie im Rentenpaket II vorgesehen war, würde allen Menschen der Geburtsjahrgänge bis 2010 eine bessere Rendite ihrer Rentenbeiträge bescheren.

Das vom Bundeskabinett im vergangenen Mai beschlossene, aber nicht mehr umgesetzte Rentenpaket II hätte das Rentenniveau langfristig stabilisiert. Die sogenannte interne Rendite würde bei einer Stabilisierung für Frauen der Geburtsjahrgänge ab 1942 und für Männer ab 1945 steigen. Das heißt: Alle heute Erwerbstätigen sowie junge Menschen, die aktuell kurz vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen, und ein wesentlicher Teil der heutigen Rentnerinnen und Rentner erhielten im Verhältnis zu ihren Beiträgen mehr Rente. Das zeigen neue Berechnungen des IMK, die sich auf die Geburtsjahrgänge bis 2010 beziehen.

Je nach Geburtsjahr und Geschlecht liegen die internen Renditen bei einer Stabilisierung des Rentenniveaus bei 3,3 bis 4,1 Prozent. Das sind bis zu 0,2 Prozentpunkte mehr als ohne Stabilisierung durch das Rentenpaket II. Am stärksten steigt die interne Rendite für Versicherte, die von den frühen 1960er- bis zu den frühen 1980er-Jahren geboren wurden. Bisher bekommen die Jahrgänge bis 1970 pro eingezahltem Euro etwas weniger heraus als der Durchschnitt. Das wäre durch die Reform teilweise ausgeglichen worden. Bei den ältesten und den jüngsten Geburtsjahrgängen wäre der Renditen-Effekt der Stabilisierung zwar geringer, aber dennoch positiv.

Angesichts der Ergebnisse sei die These nicht haltbar, eine Stabilisierung des Rentenniveaus würde jüngere Generationen benachteiligen, schreiben die Forschenden João Domingues Semeano, Sebastian Dullien, Camille Logeay und Ulrike Stein. „Die Zahlen zeigen, dass sich die Mitgliedschaft in der umlagefinanzierten Rentenversicherung lohnt, denn sie wirft für alle betrachteten Jahrgänge ordentliche Renditen ab, die spürbar über der erwarteten Inflation liegen. Das gilt ausdrücklich auch für die Jungen. Eine Stabilisierung des Rentenniveaus verbessert das Verhältnis zwischen individuellen Beiträgen und daraus erwachsenden Renten sogar weiter“, fasst Sebastian Dullien, der wissenschaftliche Direktor des IMK, die Ergeb-

nisse zusammen. „Davon profitieren ebenfalls alle derzeit erwerbstätigen oder noch nicht erwerbstätigen Geburtsjahrgänge bis ans Ende unseres Simulationszeitraums. Denn die höheren künftigen Rentenauszahlungen bringen ihnen unter dem Strich mehr, als sie die künftig höheren Beiträge kosten.“

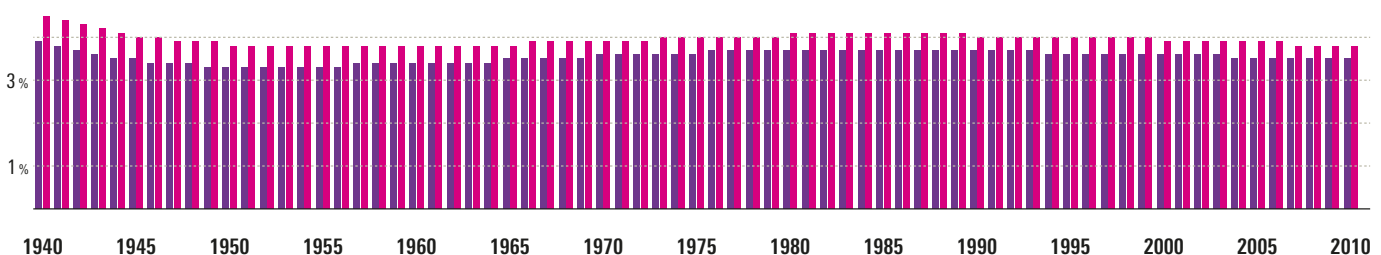
Eine realistische Betrachtung relativiere auch die Zahlungen aus dem Bundeshaushalt an die Rentenkasse, so Dullien. Zieht man die Regierungsprojektionen zu den Bundeszuschüssen und Projektionen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) heran, so bleibe der Anstieg auch bei einer Stabilisierung wie im Rentenpaket II vorgesehen sehr moderat: Von 2020 bis 2035 stiegen die Bundeszuschüsse von 2,2 Prozent auf 2,4 Prozent des BIP. Relativ zur Wirtschaftsleistung lägen die Zuschüsse zur Rentenversicherung damit 2035 niedriger als beispielsweise 2003. Damals waren es 2,8 Prozent des BIP. „Ein relevantes Haushaltsproblem für den Bund lässt sich aus diesem Anstieg nicht erkennen“, so Dullien.

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung steigt nach den IMK-Simulationsrechnungen ähnlich stark wie in den Berechnungen der Bundesregierung von derzeit 18,6 Prozent auf 22,4 Prozent im Jahr 2035. Danach bleibt der Satz bis zur Mitte des Jahrhunderts konstant, um anschließend wieder leicht zu steigen. Grund ist vor allem die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung, die dazu führt, dass Rentnerinnen und Rentner über eine längere Zeit Zahlungen erhalten als frühere Generationen – und damit in der Summe einen höheren Betrag. Übrigens ein Effekt, der völlig unabhängig von der Frage ist, ob die Renten im Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden. <

Quelle: João Domingues Semeano, Sebastian Dullien, Camille Logeay, Ulrike Stein: Stabilisierung des Rentenniveaus: Wer verliert und wer gewinnt wirklich? Simulationsergebnisse für verschiedene Geburtsjahrgänge zum gescheiterten Rentenpaket II der Ampel-Regierung, IMK Policy Brief Nr. 186, Februar 2025. [Link zur Studie](#)

Rente rechnet sich

So hoch würden mit dem Rentenpaket II bei **Männern** und **Frauen** die Renditen ausfallen für die Jahrgänge ...



Berechnung für Westdeutsche mit durchgängiger Erwerbsbiografie und durchschnittlichem Verdienst. Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung für Erwerbsunfähigkeitsrenten, Hinterbliebenenrenten und Rehabilitationsleistungen sind bei der Berechnung ausgeklammert; Quelle: IMK 2025

Hans Böttcher Stiftung

Die Lehren aus Corona

Die Coronakrise hat Stärken, aber auch Schwächen des Sozialstaats aufgezeigt. Welche Lehren daraus zu ziehen sind, zeigt eine aktuelle Analyse.

Corona hat Deutschland in vielerlei Hinsicht verändert – und wirkt bis heute nach. Einerseits wurde die Gesundheitskrise bewältigt, staatliche Hilfen bewahrten viele Menschen vor großen wirtschaftlichen Notlagen und neue, flexiblere Arbeitsmodelle etablierten sich. Andererseits haben sich Ungleichheiten verfestigt, die beruflichen Perspektiven junger Menschen verschlechtert und die politische Stimmung im Land eingetrübt. Dies zeigt eine umfassende Analyse von Expertinnen und Experten des WSI, die in dem Sammelband „Was von Corona übrig bleibt. Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen“ eine wissenschaftliche Bilanz der Coronakrise ziehen.

„Eine der zentralen Lehren ist, dass der Sozialstaat immer noch stark auf den Schutz des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses ausgerichtet ist. So waren Menschen, die Vollzeit in abhängiger Beschäftigung gearbeitet haben, mit dem Kurzarbeitsgeld meist recht gut geschützt. Andere waren deutlich schlechter abgesichert“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI und Mitherausgeberin des Buches. „Das galt vor allem für unbezahlte Sorgearbeit, die in erster Linie von Frauen geleistet wird und, so scheint es, gar nicht richtig als Arbeit anerkannt wurde. Es galt aber auch für geringfügige Beschäftigung und Selbstständige.“

Grundlage für die Analysen im Buch sind Daten der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, die in insgesamt zwölf Wellen zwischen April 2020, dem Zeitpunkt des ersten Lockdowns, und November 2023 durchgeführt wurde. In diesem Zeitraum wurden zwischen 7677 Erwerbspersonen in der ersten Welle und 4405 in der zwölften Welle befragt. Da immer wieder dieselben Menschen interviewt wurden, lässt sich gut nachzeichnen, welche Erfahrungen sie während der Pandemie gemacht haben und welche Spuren diese in ihren Erwerbsbiografien, aber auch in ihren politischen Einstellungen hinterlassen hat. Weitere Analysen im Buch stützen sich auf die WSI-Betriebsrätebefragung.

Arbeitszeit und Einkommen verringern sich

Mit Beginn der Pandemie kam es zu ungeahnten Einschnitten. Unternehmen mussten von einem Tag auf den anderen ihren Betrieb stark einschränken oder gar schließen. Für viele Menschen bedeutete das, dass sie weniger arbeiten konnten und weniger Geld verdienten. Die durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit ging deutlich zurück, bei den Männern von 39,4 Stunden auf 37,2 Stunden im März 2020, bei den Frauen von 33,5 Stunden auf gut 31,5 Stunden. Damit haben Frauen und Männer ihre Arbeitszeit prozentual in etwa gleich stark reduziert. Mütter hatten mit 10 Prozent den stärksten Rückgang zu verzeichnen.

Das wichtigste Instrument, um die Beschäftigten vor Einkommensverlusten zu schützen, war die Kurzarbeit. Im Ver-

lauf der Pandemie wurde das Kurzarbeitsgeld schrittweise von 60 Prozent auf bis zu 80 Prozent des letzten Nettolohns – für Beschäftigte mit Kindern von 67 Prozent auf 87 Prozent – erhöht und die maximale Bezugsdauer auf bis zu 28 Monate verlängert. Kurzarbeit sicherte jedoch nur abhängig Beschäftigte ab und war vor allem dann existenzsichernd, wenn der Ausgangslohn entsprechend hoch war oder das Kurzarbeitsgeld durch den Arbeitgeber aufgestockt wurde.

Selbstständige erhielten im Vergleich dazu seltener staatliche Unterstützung. Sie gaben doppelt so häufig wie abhängig Beschäftigte an, dass sich die Pandemie negativ auf ihr Einkommen ausgewirkt habe. „Corona hat verdeutlicht, wie wichtig die Absicherung durch soziale Versicherungssysteme ist und dass die entsprechenden sozialpolitischen Schutzlücken für Selbstständige geschlossen werden müssen. Das Ziel sollte dabei sein, möglichst universelle Regelungen zu schaffen“, sagt WSI-Arbeitsmarktexpertin und Mitherausgeberin Karin Schulze-Buschhoff. So sollten die bestehende Arbeitslosenversicherung für Selbstständige reformiert und alle nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Armut verfestigt sich

Die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung konnten zahlreiche Erwerbstätige vor schlimmeren finanziellen Einbußen bewahren, andere fielen jedoch durch das Raster. Am härtesten traf es ohnehin schon marginalisierte Gruppen, zum Beispiel Menschen mit wenig Einkommen, geringer Bildung und niedriger beruflicher Stellung, aber auch viele Alleinerziehende oder Rentnerinnen und Rentner. Das Risiko, in Armut zu geraten, war für Gruppen, die bereits vorher mit materiellen Einschränkungen zu kämpfen hatten, besonders hoch. In der jüngsten Welle der Erwerbstätigenbefragung gaben 63 Prozent der dauerhaft Armen an, von den Krisen der letzten Jahre stark oder sehr stark betroffen gewesen zu sein, gegenüber 23 Prozent der Menschen mit mittleren Einkommen und 10 Prozent derjenigen mit hohem Einkommen. Ungleichheiten, die bereits vor der Pandemie bestanden, haben sich tendenziell verschärft, so die Forschenden.

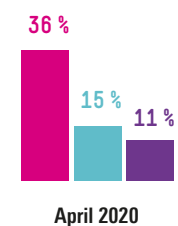
Frauen übernehmen mehr Sorgearbeit

Die Menschen hatten nicht nur mit Einkommensverlusten zu kämpfen, sondern mussten auch erheblich mehr Betreu-

Geringverdienende hat Corona

Große finanzielle Sorgen hatten von den Ha

weniger als 1500 Euro 2000 bis 25



Quelle: WSI 2025

ungsarbeit leisten, weil Schulen und Kitas geschlossen wurden. Eltern waren dadurch deutlich stärker belastet als Kinderlose. Zwar engagierten sich Väter während des ersten Lockdowns stärker in der Kinderbetreuung als zuvor, doch handelte es sich dabei um einen kurzlebigen Trend, der sich im Verlauf der Pandemie nicht fortsetzte. Insgesamt übernahmen Mütter einen größeren Anteil der Kinderbetreuung und der damit verbundenen Mehrarbeit als die Väter. „Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die Pandemie – trotz anfänglicher Hoffnungen auf eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit – bestehende Geschlechterrollen und strukturelle Ungleichheiten nicht nachhaltig aufbrechen konnte“, sagt Eileen Peters, die ebenfalls Mitherausgeberin ist. Hinzu kommt, dass unbezahlte Sorgearbeit in der sozialstaatlichen Absicherung so gut wie keine Rolle spielte. Es sei „eine große Leerstelle der Krisenpolitik“, dass die Bedeutung von Sorgearbeit – als gesellschaftliche Aufgabe und als Faktor, der die Erwerbsfähigkeit bestimmt – nicht erkannt wurde.

Homeoffice: Gekommen, um zu bleiben

Bemerkenswert ist die Entwicklung beim Homeoffice, das sich als neue Form orts- und zeitflexibler Arbeit dauerhaft etabliert hat. Während der Pandemie arbeitete gut ein Drittel der befragten Erwerbstätigen überwiegend oder zumindest regelmäßig zu Hause. Das waren deutlich mehr als zuvor. Auch wenn der Umfang des mobilen Arbeitens mit dem Auslaufen der Schutzmaßnahmen in einigen Fällen wieder zurückgefahren wurde, ist bis heute eine deutlich erhöh-

mie verstärkt betroffen waren. Die von der Bundesregierung ausgelobten Ausbildungsprämien für Betriebe, die ihr Ausbildungsangebot während der Pandemie aufrechterhielten oder sogar ausweiteten, trugen nur begrenzt zur Sicherung der Ausbildung bei. Insgesamt ist die Zahl der Personen ohne Berufsabschluss während der Pandemie stark angestiegen und lag im Jahr 2021 bei 2,6 Millionen jungen Erwachsenen zwischen 20 und 34 Jahren. Es sei davon auszugehen, dass fehlende Ausbildung oder ein verspäteter oder gescheiterter Berufseinstieg nachhaltige Spuren in der Bildungs- und Erwerbsbiografie vieler junger Menschen hinterlassen werden, heißt es in der WSI-Analyse. Viele mitbestimmte Unternehmen haben – entgegen dem allgemeinen Trend – an ihrem Ausbildungsengagement festgehalten. Dies zeigt, dass mitbestimmte Betriebe in Krisenzeiten oft nachhaltiger agieren und Ausbildung als langfristige Fachkräftestrategie verstehen. Insgesamt, so das WSI, habe die betriebliche Mitbestimmung ihre Handlungsfähigkeit unter schwierigen Bedingungen unter Beweis stellen und zudem neue digitale Wege der Interessenvertretung etablieren können.

Schwindendes Vertrauen in politisch Verantwortliche

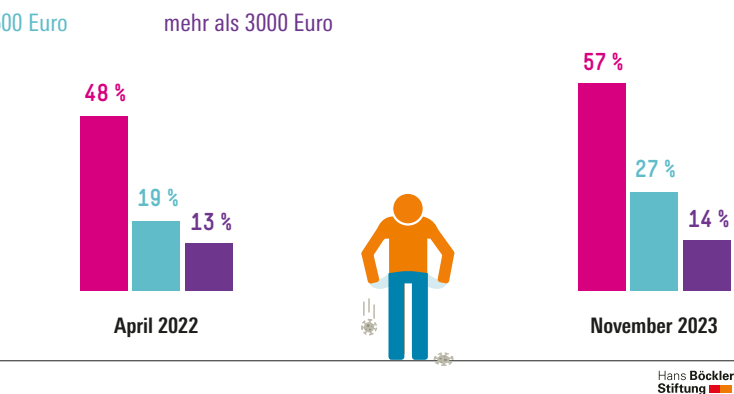
Die finanziellen Sorgen nahmen vor allem zu Beginn der Pandemie zu. Danach stabilisierten sie sich zwar im Durchschnitt auf niedrigerem Niveau, stiegen aber mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Teuerung wieder deutlich an. Es überrascht nicht, dass die Sorgen bei Menschen in den unteren Einkommensgruppen am stärksten ausgeprägt waren – schließlich haben sie kaum Spielraum, finanzielle Belastungen auszugleichen.

Die zunehmenden Sorgen und Belastungen schlugen sich, wie die Analyse zeigt, auch in einer generellen Unzufriedenheit mit der Politik nieder. In der WSI-Erwerbspersonenbefragung wurde das Vertrauen in die Bundesregierung seit Oktober 2021 und damit seit Beginn der Ampelregierung regelmäßig abgefragt. Am Anfang der Legislaturperiode gaben noch 21 Prozent der Befragten an, „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die Regierungsarbeit zu haben, gut ein Drittel äußerte geringes Vertrauen. Seitdem ist der Anteil derer, die großes Vertrauen haben, deutlich zurückgegangen; gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die wenig oder gar kein Vertrauen haben, kräftig gestiegen. Zuletzt hatte mehr als die Hälfte – im November 2023 sogar 60 Prozent – nur geringes Vertrauen in die Bundesregierung. Besonders stark ist das Vertrauen in politisch Verantwortliche unter Müttern gesunken – und damit in einer Gruppe, „die sich eigentlich eher durch eine hohe Loyalität zum politischen System auszeichnet“.

„Die Enttäuschungen und die fortschreitende Verfestigung finanzieller Schiefen, die insbesondere bereits benachteiligte Gruppen hart getroffen haben, führten zu einer tiefen Verunsicherung und einem Vertrauensverlust gegenüber demokratischen Institutionen. Dies könnte die gravierendste und nachhaltigste soziale Folge der Pandemie sein – ein schweres Erbe in einer Zeit, die ohnehin von multiplen Krisen geprägt ist“, resümiert WSI-Direktorin Kohlrausch. <

hart getroffen

ushalten mit einem Einkommen von ...



te Quote zu verzeichnen. Auch nach der Pandemie arbeitet etwa ein Drittel der Beschäftigten regelmäßig zu Hause, wenn auch vermutlich etwas seltener als während der Lockdowns. Viele empfinden dies als Gewinn. Allerdings zeichnet sich hier möglicherweise ein neues Muster der Ungleichheit ab, da die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten, eher ein Privileg der Höherqualifizierten ist und nicht allen Beschäftigten offensteht.

Betriebe bilden weniger aus

Neben den Schulen hat auch die berufliche Bildung unter der Pandemie gelitten. Die Zahl der Ausbildungsplätze ging zurück, vor allem in solchen Branchen, die von der Pande-

Quelle: Bettina Kohlrausch, Eileen Peters, Karin Schulze Buschoff (Hg.): Was von Corona übrig bleibt. Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen, Campus Verlag 2025 [Link zur Studie](#)

Investieren lohnt sich

Eine staatliche Investitionsoffensive könnte die Wirtschaftsleistung deutlich steigern, ohne die Schulden Tragfähigkeit zu gefährden.

Ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm in Höhe von 600 Milliarden Euro über die kommenden zehn Jahre würde sich auch für die heutige Kindergeneration lohnen. Denn das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) würde als Folge in den kommenden 25 Jahren zusammengerechnet um bis zu 4750 Milliarden Euro höher ausfallen als ohne eine Investitionsoffensive. Das entspricht einer um 3600 Euro pro Kopf höheren Wirtschaftsleistung im Jahr 2045, wenn der Höhepunkt der Wachstumseffekte erreicht wird. Zu diesem Ergebnis kommt das IMK, das Simulationsrechnungen für den Zeitraum bis 2050 durchgeführt hat. Der starke Zugewinn an Wirtschaftsleistung würde die zunächst etwas höheren staatlichen Defizite längerfristig überkompensieren, sodass zur Jahrhundertmitte die Schuldenquote des Staates sogar niedriger liegen könnte als ohne massive Investitionen.

„Ein öffentliches Investitionsprogramm würde entscheidende Engstellen beseitigen, die die Entwicklung der deutschen Wirtschaft aktuell hemmen: Veraltete, oft nicht mehr leistungsfähige Infrastruktur von Schiene bis Digital, zu wenig Tempo beim Umbau der Energieversorgung, Defizite bei Bildungseinrichtungen und Investitionszurückhaltung von Unternehmen – bei all diesen Themen endlich durchzustarten, rechnet sich für Junge mindestens genauso wie für Ältere“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien.

Ausgangspunkt der Berechnungen ist ein Investitionsprogramm, wie es das IMK im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) vorgeschlagen hat. Es sieht von 2025 bis 2034 zusätzliche öffentliche Investitionen von insgesamt 600 Milliarden Euro vor. Knapp ein Drittel davon soll dazu dienen, den Sanierungsstau bei Städten und Gemeinden aufzulösen. Weitere 200 Milliarden Euro sind für klimafreundliche Modernisierungen vorgesehen, rund 127 Milliarden Euro für Verkehrswege und den öffentlichen Personennahverkehr, knapp 42 Milliarden Euro für die Bildungsinfrastruktur, 37 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau.

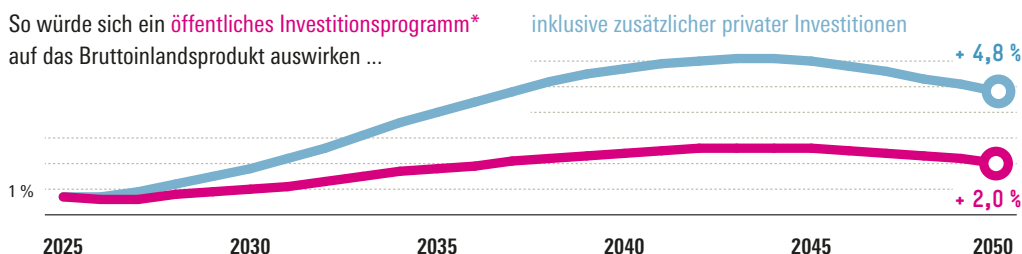
Für die Berechnungen in der neuen Studie verwenden die IMK-Forscher Christoph Paetz und Sebastian Watzka das makroökonomische Mehrländermodell NiGEM, das bei Zentralbanken und internationalen Organisationen weit verbreitet ist. Sie setzen zwei Versionen ein, um sowohl eine sehr konservative als auch eine mit Blick auf den Forschungsstand möglichst realistische Abschätzung der Auswirkungen zu erhalten. Hintergrund: In der Standardversion

des Modells reduzieren öffentliche Investitionen die Grenzproduktivität privater Investitionen, verdrängen sie also zum Teil. Dagegen sprechen diverse neuere Studien dafür, dass sie sich positiv auswirken. Daher haben die Ökonomen die Effekte des Investitionsprogramms auch mit einer modifizierten Version des Modells simuliert, die diesen Zusammenhang berücksichtigt.

Laut den Berechnungen mit dem Standardmodell fällt das jährliche deutsche BIP mit Investitionsoffensive im Jahr

Mehr Wachstum dank mehr Investitionen

So würde sich ein öffentliches Investitionsprogramm* inklusive zusätzlicher privater Investitionen auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken ...



*in Höhe von 600 Milliarden Euro im Zeitraum 2025 bis 2035; Quelle: IMK 2025

Hans Böckler Stiftung

2045 um 2,6 Prozent höher aus als ohne. In der modifizierten Version sind es 6 Prozent. Wenn man die zusätzliche Wirtschaftsleistung in den Jahren 2025 bis 2050 summiert, ergibt sich ein Plus von 2130 Milliarden beziehungsweise 4750 Milliarden Euro. Entsprechend erhöht sich das BIP pro Kopf durch das Investitionsprogramm um 1570 beziehungsweise 3612 Euro im Jahr 2045.

Sorgen hinsichtlich der Staatsfinanzen sind den Ergebnissen zufolge unbegründet: Während der Laufzeit des Investitionsprogramms von 2025 bis 2034 ergibt sich zwar ein zusätzliches jährliches Defizit von etwa einem Prozent des BIP. Der Referenzwert der EU-Fiskalregeln von drei Prozent wird aber nur in einem einzigen Jahr überschritten, und die Staatsschuldenquote gemessen am BIP sinkt trotzdem. Das gilt in beiden Modellvarianten, nur unterschiedlich schnell und ausgeprägt. Im Jahr 2050 wird die Schuldenquote laut dem Standardmodell bei rund 33 Prozent des BIP liegen, knapp neun Prozentpunkte höher als ohne die zusätzlichen öffentlichen Investitionen, aber immer noch weit unter den im EU-Regelwerk vorgesehenen 60 Prozent und viel niedriger als heute. Im modifizierten Modell fällt die Quote am Ende des Simulationszeitraums sogar auf knapp 22 Prozent, das ist rund drei Prozentpunkte niedriger als in dem Szenario ohne Investitionsprogramm. „Langfristig trägt sich das Programm in dieser Modellvariante also selbst“, heißt es in der Analyse. <

Quelle: Christoph Paetz, Sebastian Watzka: Wachstumseffekte eines kreditfinanzierten Investitionsprogramms: Simulationsergebnisse für Deutschland mit dem makroökonomischen NiGEM-Modell – ein Update; IMK-Policy Brief Nr. 185, Februar 2025 [Link zur Studie](#)

Teuer, langwierig, rückwärtsgewandt

Vor knapp einem Jahr wurden in Deutschland die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. Ergibt es Sinn, sie wieder in Betrieb zu nehmen oder sogar neue zu bauen? Ein Faktencheck.

Billig, klimaneutral und der einfachste Ausweg aus der Energiekrise. So wird die Kernenergie von ihren Fans gepriesen. Was ist dran an der Vorstellung, die alten Meiler müssten nur wieder angeworfen werden und die Energiekrise wäre beendet? Das haben Forschende des Fraunhofer-Zentrums für Internationales Management und Wissensökonomie untersucht. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, die mit „wissenschaftlich fundierten Faktenchecks die energie- und klimapolitische Debatte versachlichen will“, wie Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, sagt. Der Weg zur Klimaneutralität sei mit einer Reihe von „Mythen“ verstellt. Diese durch fundierte wissenschaftliche Analysen zu ersetzen, sei der erste Schritt zu einer zukunftsweisenden Energiepolitik.

Die deutsche Wirtschaft hat genügend Strom, aber er ist teuer. Ist Atomkraft eine günstigere Alternative? Dies wäre, so die Fraunhofer-Fachleute, allenfalls in einer kurzfristigen, eher theoretischen Betrachtung der Fall – wenn es ohne Weiteres möglich wäre, die bestehenden Kraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Schaut man dagegen auf die Gesamtkosten eines Atomkraftwerkes – Bau, Betrieb, Wartung, Stillstandszeiten –, sieht die Sache anders aus. In dieser Betrachtung sind die Kosten der Kernenergie in den vergangenen Jahren um fast die Hälfte gestiegen, während sie bei Solarenergie um 80 Prozent und bei Windenergie um 60 Prozent gesunken sind. Hinzu kommt, dass die Kosten der Kernkraft extrem schwer zu kalkulieren sind. Beispiel: Der 2007 begonnene Bau des Druckwasserreaktors Flamanville in Frankreich, der bis 2012 mit Baukosten von 3,3 Milliarden Euro abgeschlossen sein sollte. Tatsächlich konnte der Reaktor erst 2024 in Betrieb genommen werden und verschlang rund 19 Milliarden Euro. Ähnlich lief es beim britischen Reaktor Hinkley Point C, der 2023 ans Netz gehen sollte und dessen Fertigstellung noch einige Jahre dauern wird.

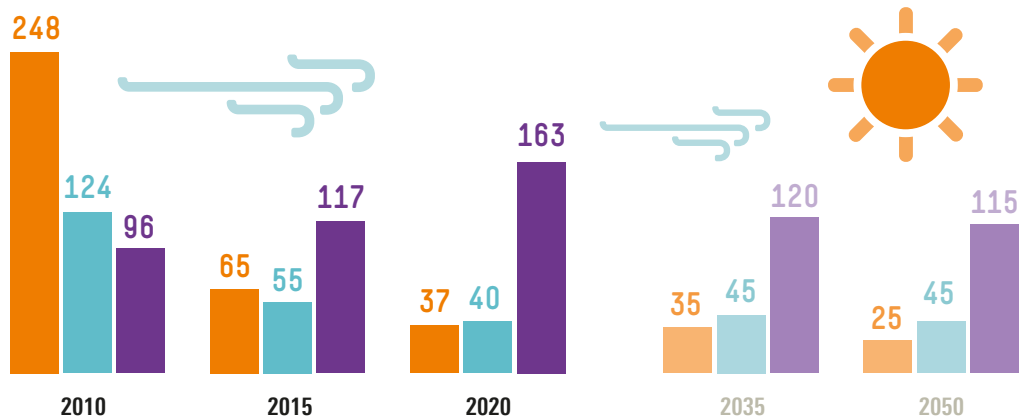
Außerdem sind damit noch immer längst nicht alle Kosten erfasst. Denn eines Tages müssen die Kraftwerke zurückgebaut werden. Technische Pannen, im Extremfall ein Super-GAU, können ungeahnte Kosten verursachen. Und die Frage nach der Endlagerung der Brennstäbe ist un-

gelöst. Hier steht die Zahl von rund 50 Milliarden Euro im Raum. Lediglich für schwach- und mittelradioaktive Abfälle existiert bislang ein genehmigtes Endlager in Salzgitter.

Aber könnte man nicht wenigstens die zuletzt abgeschalteten Reaktoren noch ein paar Jahre laufen lassen? Das ist den Forschenden zufolge aufwendiger, als man denkt. Zwar wären die nötigen Gesetzesänderungen und Sicherheitsüberprüfungen einigermaßen schnell zu bewältigen. Doch für die Beschaffung neuer Brennstäbe wäre mindestens ein Jahr einzukalkulieren, wahrscheinlich sogar mehr Zeit. Nicht zuletzt, weil Russland als Lieferant für Uran ausfällt. Es fehlt heute außerdem an geeignetem Personal zum Betrieb von Atomkraftwerken. Und schließlich: Die Energiekonzerne haben wegen der enormen Kosten überhaupt kein Interesse an Reaktivierung oder Neubau von Atomkraftwerken. Selbst kernkraftfreundliche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass es zumindest bis Ende 2028 dauern würde, bis in Deutschland wieder drei Atomkraftwerke Strom liefern könnten.

Wind und Sonne kosten nichts

So entwickeln sich global die Kosten für **Solarenergie**, **Windkraft**, **Atomkraft** in US-Dollar je Megawattstunde ...



Quelle: Klöppelt u. a. 2025

Hans Böckler Stiftung

Zwar baut eine Reihe von Ländern ihre Atomwirtschaft weiter aus, unter anderem mit der Begründung, auf diese Weise Klimaziele einhalten zu können. Doch der Trend geht in eine andere Richtung: 1990 hatte die Atomenergie noch einen Anteil von 17 Prozent an der weltweiten Stromerzeugung und erneuerbare Energiequellen kamen nicht mal auf ein Prozent. 2020 lagen die Erneuerbaren bei 11 und die Atomenergie bei 10 Prozent. <

Quelle: Christian Klöppelt, Patrick Wagner, Elisa Drechsler: Faktencheck: Kernenergie, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

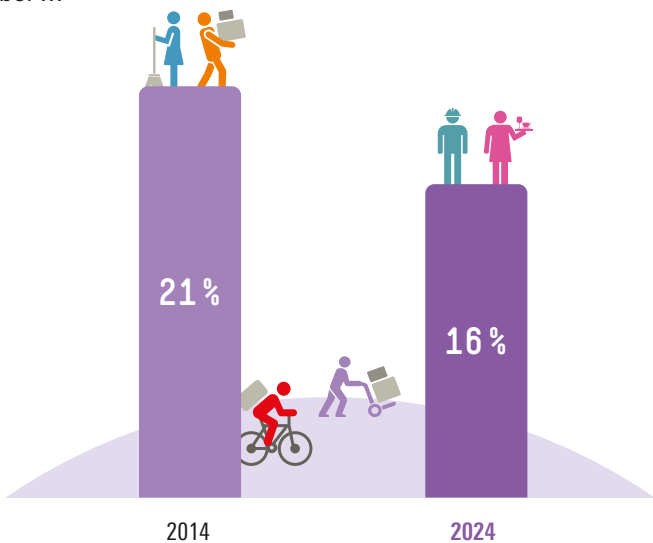
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

EINKOMMEN

Weniger Niedriglohnjobs

Der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit einem Bruttostundenverdienst unterhalb der Niedriglohnschwelle lag bei ...



Quelle: Destatis, Februar 2025 [Link zur Studie](#)

ZUFRIEDENHEIT

Arme sind öfter einsam

Fast jeder fünfte Mensch in Deutschland fühlt sich manchmal oder häufiger einsam. Laut einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist der Anteil seit 2017 von 14 auf 19 Prozent gestiegen. Regionale Unterschiede können die Forscher nicht erkennen, dafür aber soziale: Vor allem Menschen mit einem Einkommen unterhalb des Medianlohns sind von Einsamkeit betroffen. <

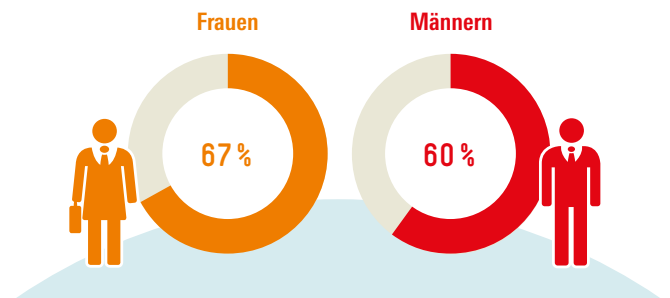


Quelle: DIW, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

GESUNDHEIT

Viele arbeiten trotz Krankheit

Trotz Krankheit gearbeitet haben 2024 von den ...



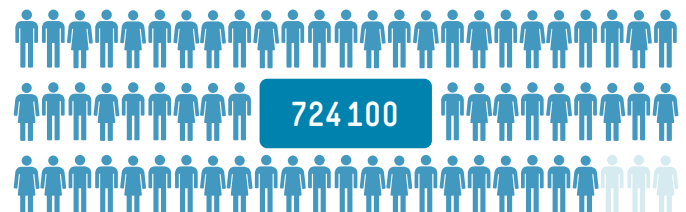
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, Februar 2025 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

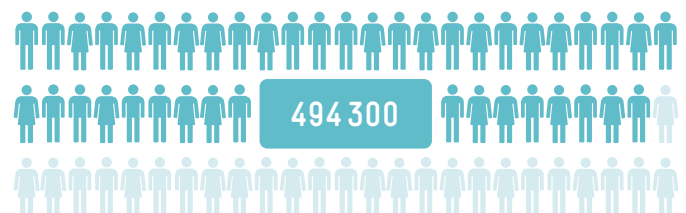
Mehr Beschäftigte in Kitas

In Kindertageseinrichtungen waren pädagogisch tätig ...

2024



2014



Quelle: Destatis, Januar 2025 [Link zur Studie](#)